

# Keine Freunde der Groko

Mit viel Skepsis begleiten die Sozialdemokraten in Dortmund Sondierungsgespräche der SPD mit CDU und CSU für eine neue Bundesregierung.

Von Oliver Volmerich

Die Skepsis, mit der die SPD-Basis die Diskussionen um eine Neuauflage der Großen Koalition („Groko“) in Berlin begleitet, teilen auch die beiden heimischen SPD-Bundestagsabgeordneten Sabine Poschmann und Marco Bülow.

Dass er kein Freund der „Groko“ ist, daraus hat Bülow nie ein Geheimnis gemacht. „Die Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der Union zum alleinigen Zwecke einer Bildung einer Groko wäre ein großer Fehler und ein Bruch des Parteitagebeschlusses. Der SPD-Bundestag hat klar entschieden, dass die Gespräche ‚ergebnisoffen‘ zu führen und Alternativen wie eine Minderheitsregierung in Betracht zu ziehen sind“, stellt der Bundestagsabgeordnete fest. Wenn diese Alternativen sofort „abgeräumt“ würden, machten Verhandlungen keinen Sinn.

Der SPD-Parteitag habe Gespräche nur unter diesen Bedingungen zugestimmt. „Wer sich darüber hinwegsetzt, gefährdet den Zusammenhalt der Partei und provoziert viele Austritte. Die SPD wird dann weiter an Glaubwürdigkeit verlieren“, erklärt Bülow.

## Mehr Debattenkultur

Etwas gelassener reagiert Sabine Poschmann – auch wenn sie ebenso deutlich macht, dass eine Groko keinesfalls eine Wunschoption für sie ist. Auch wenn die CDU das Modell einer erneuten Großen Koalition bevorzuge, sei für



Damals noch ‚Seit‘ an ‚Seit‘: Die Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordneten Sabine Poschmann und Marco Bülow Anfang September bei einem Wahlkampftermin mit dem Parteivorsitzenden Martin Schulz in der Nordstadt.

RN-FOTO (A) MENNE

sie das letzte Wort über die Form einer möglichen Regierungsbeteiligung der SPD noch nicht gesprochen, sagt Sabine Poschmann. „Eine Minderheitsregierung beziehungsweise ein Kooperationsmodell würde die Debattenkultur im Parlament stärken und den Bürgerinnen und

Bürgern die unterschiedlichen Positionen deutlicher machen.“ Einer Großen Koalition im herkömmlichen Sinne stehe sie weiterhin kritisch gegenüber.

## Gespräche abwarten

Dennoch sei es ratsam, zunächst die Ergebnisse der

## Vorgaben des Parteitags

- Die SPD-Führung hatte sich am Freitag nach langem internen Ringen dafür ausgesprochen, nun doch **Sondierungen mit CDU und CSU** über eine Regierungsbildung aufzunehmen.
- Anfang Dezember hatte sich ein **SPD-Bundestag** nach langer kontroverser Debatte für ergebnisoffene

Gespräche mit der CDU/CSU über eine Regierungsbildung ausgesprochen, „ohne Vorfestlegungen und ohne jeden Automatismus“.

- Es sollte **offen bleiben**, ob die Gespräche zu einer großen Koalition, einer Minderheitsregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) oder zu Neuwahlen führen.

Sondierungsgespräche und den Vorschlag des Parteivorstandes am 11. Januar abzuwarten, erklärt Sabine Poschmann. Dabei müssten nach ihrer Vorstellung schon sehr viele sozialdemokratische Inhalte festgezurrert werden, bevor die SPD über eine Zustimmung nachdenke. Dazu gehörten beispielsweise die Themen Pflege und Bildung, die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung sowie hohe Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung.

Speziell fürs Ruhrgebiet sei es wichtig, die Städte weiter finanziell zu entlasten, um mehr Mittel für Schulen, Kitas und Straßen freizumachen. „Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum und weniger prekäre Beschäftigung“, sagt Poschmann.